

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Donnerstag, 21. Februar 1974

Blatt 339

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Österreichischer Städtetag in Baden

Lokal: Vizekanzler Scheel im Rathaus

Straßenbahnlinie 62 wird unterbrochen

Wirtschaft: 3 Millionen Schilling für Kleingewerbe

Chef vom Dienst: 42 800/2970 (Durchwahl)

k o m m u n a l :

=====

oesterreichischer staedtetag:

gratz neuer obmann des oesterreichischen staedtebundes

6 wien, 21.2. (rk) eine reihe von revirements gab es donnerstag nachmittag bei den neuwahlen fuer die geschaeftsleitung des oesterreichischen staedtebundes. die bedeutsamste aenderung: wiens buergermeister leopold g r a t z loeste ex-buergermeister felix s l a v i k als obmann des staedtebundes ab.

von den vier obmann-stellvertretern stellten zwei ihre funktion zur verfuegung: der fruehere buergermeister von graz, dipl.-ing. gustav s c h e r b a u m (spoe) und die fruehere wiener stadtraetin dkfm. dr. maria s c h a u m a y e r . an ihrer stelle wurden der buergermeister von wiener neustadt, hans b a r w i t z i u s (spoe) und der buergermeister von baden professor viktor w a l l n e r (oevp) gewaehlt. die zwei alten und neuen obmann-stellvertreter: franz h i l l i n g e r (spoe), buergermeister von linz, und ddr. alois l u g g e r (oevp), buergermeister der olympiastadt innsbruck.

Leopold guggenberger (oevp), der neue buergermeister von klagenfurt, wurde an stelle von karl reichstetter (oevp) zum neuen schriftfuehrer bestellt.

1035

k o m m u n a l :

=====

oesterreichischer staedtetag:

die schwierigkeiten mit der demokratie

3 wien, 21.2. (rk) ueber die grenzen und moeglichkeiten des demokratieverstaendnisses in der gemeinde referierte der buergermeister der olympiastadt innsbruck, ddr. alois l u g g e r, beim oesterreichischen staedtetag in baden. das von plato gepraeagte ''abenteuer demokratie'' sei gerade in den letzten jahren gefaehrlicher als jemals zuvor geworden, war der grundinhalt seines beitrages: zwei verschiedene demokratiemodelle, - das modell der direkten und der repraesentativen demokratie - stuenden einander immer staerker im ''clinch'' gegenueber.

beide modelle bergen gefahren und unvollkommenheit in sich: einerseits daechten viele buerger, ihre repraesentanten bewaeltigten nicht mehr alle aufgaben und seien dem direkten kontakt zu ihren waehlern entfremdet, andererseits wuerden buerger - die schweiz koenne als abschreckendes beispiel dienen - durch allzu haeufige volksentscheide ueberfordert und verloeren schliesslich so viel an interesse, dass die beteiligung an den viel zu oft angesetzten plebisziten nicht selten unter 20 prozent sinke.

ausserdem seien personen, die als handlungsbevollmaechtigte der buergerinitiative auftreten, in den meisten faellen nur schwer kontrollierbar. allzu weit formulierte fragestellungen und ziele koennten leicht zu einem blankoscheck fuer einige wenige werden. die gefahr der unechten repraesentation sei auf jeden fall akut.

buergerinitiativen koennten unter bestimmten voraussetzungen durchaus eine taugliche methode sein, das unbehagen zu artikulieren und massnahmen zur veraenderung zu setzen. das demokratieverstaendnis in den gemeinden koenne jedoch nur dann funktionieren, wenn man den langen marsch begonnen habe, einen marsch, an dessen ziel die umwandlung des kommunalen verwaltungssystems in ein demokratisches gestaltungssystem steht. an dessen ziel sich die erkenntnis durchgesetzt hat, dass kommunalpolitik beim gespraech mit dem buerger und nicht mit dem beschluss im gemeindeparlament beginnt. (forts.)

k o m m u n a l :

=====

oesterreichischer staedtetag:

schweda: zuwenig geld fuer gemeindeinvestitionen -
neue formen der kommunalfinanzierung notwendig

5 wien, 21.2. (rk) einen appell an die banken und versicherungs-
unternehmungen, bei kreditgeschaeften mit den gemeinden mehr
engagement zu zeigen, die bitte an den finanzminister, auf finan-
zierungserfordernisse der kommunen bei lockerung der kredit-
restriktionen ganz besonders ruecksicht zu nehmen, und einen vor-
wurf an den oeboroesterreichischen landeshauptmann dr. wenzel, bei
fragen des finanzausgleiches inkonsequent zu sein, stellte der
generalsekretaer des staedtebundes otto s c h w e d a in den
mittelpunkt seines referates beim staedtetag.

schweda wies nach, dass der kommunale investitionsbedarf
in den letzten jahren exorbitant gestiegen ist. der anteil der
gemeindekredite am zuwachs des oesterreichischen kreditvolumens
sei 1973 deutlich gegenueber den jahren zuvor zurueckgeblieben.
1972 seien beispielsweise den gemeinden noch 4,6 milliarden
schilling kredite zur verfuegung gestanden, 1973 seien es nur
mehr 3,8 milliarden gewesen.

im zusammenhang mit dem finanzausgleich warf schweda dem
oeboroesterreichischen landeshauptmann dr. wenzel vor, er
habe vor einem jahr dem paket zugestimmt, versuche jedoch in der
juengsten zeit, die gemeinden untereinander auszuspielen. seine
kritik am finanzausgleichspaket sei voellig einseitig, seine
aussage oberflaechlich.

schweda wiederholte einen alten wunsch des staedtebundes,
der auch in einer resolution niederschlag fand: kommunale ver-
sorgungsunternehmungen sollten nach den vorstellungen des general-
sekretaers in jene wirtschaftsbereiche einbezogen werden, fuer die
erp-kredite bereitgestellt werden.

ein weiterer wunsch richtete sich an die adresse des bundes-
gesetzgebers. schweda regte die einrichtung eines parlamentarier-
ausschusses fuer kommunalfragen an. (foerts)

k o m m u n a l :

=====

oesterreichischer staedtetag:

mut zu gesellschaftlichem rentabilitaetsdenken

7 wien, 21.2. (rk) landeshauptmann-stellvertreter hans
c z e t t e l regte in seinem referat an, in zukunft neue
kriterien bei der verteilung des finanzausgleichs zu berueck-
sichtigen. mit angriffen auf die struktur des gegenwaertig abge-
stufte bevoelkerungsschluessels allein sei nichts getan, koenne
man das problem nicht loesen. man werde methoden des lastenaus-
gleiches finden muessen, die den jeweils konkreten gesellschafts-
erfordernissen gerecht wuerden.

beispiele: wird ein gebiet von der ueberoertlichen raumplanung
zum erholungsgebiet fuer die gesellschaft erklaert und muessen
die gemeinden dieses gebietes im interesse der gesellschaft auf
einen sonst moeglichen wirtschaftlichen ertrag verzichten, so
muesse die gesellschaft im interesse der in diesen gebieten lebenden
menschen bereit sein, einen ausgleich zu leisten. diesgelte auch
fuer staedtische agglomerationen, die mit zentraloertlichen funktio-
nen fuer die bevoelkerung ganzer regionen betraut wurden und aus
diesem grund verpflichtet sind, gemeinschaftseinrichtungen zu
errichten, deren kapazitaeten den realen bedarf der oertlichen
bevoelkerung uebersteigen.

man unternehme gerade in den letzten jahren in vielen
bereichen den versuch, das quantitative wachstum der wirtschaft
mit den qualitativen lebensbeduerfnissen der menschen zu harmoni-
sieren. in diese ueberlegungen muesse unbedingt auch die kommunal-
politik einbezogen werden, meinte czettel.

man muesse in zukunft den mut zu gesellschaftlichem
rentabilitaetsdenken aufbringen. die oekonomischen rentabilitaets-
begriffe muessten in permanenter konfrontation den gesellschaft-
lichen und humanistischen rentabilitaetsbegriffen untergeordnet
werden. der mensch, seine bedeutung als schoepferisches und soziales
wesen, sowie der wert seiner lebensbedingungen muesse der mass-
stab aller gesellschaftspolitischen massnahmen sein. (forts.)

k o m m u n a l :

=====

resolution des staedtetages

wien, 21.2. (rk) der oesterreichische staedtetag in baden beschloss einstimmig eine resolution. der staedtebund bekundet in dieser resolution den willen seiner mitgliedsgemeinden, die stabilisierungsmassnahmen elastischer als bisher zu handhaben. weitere forderungen beziehen sich auf eine noch wirkungsvollere finanzielle bundeshilfe fuer den weiteren ausbau der einrichtungen des oeffentlichen nahverkehrs. der punkt fuenf der resolution sieht eine noch hoehere bundessubvention der gemeindekrankenhaeuser oder eine erhoehung der krankenkassenbeitraege vor.

in der resolution wird u.a. ausgefuehrt:

die im rahmen der stabilisierungsmassnahmen eingetretene erschwerung der kreditaufnahme erfuelle die gemeinden mit tiefer sorge. mehr als die haelfte der kommunalen investitionen wuerden durch fremdmittel finanziert werden. weiters wird die aufnahme von erp-krediten gefordert.

zum weiteren ausbau des nahverkehrs wird in der resolution auf die juengsten ereignisse auf dem erdoelmarkt verwiesen, die die bedeutung des kommunalen massenverkehrs besonders drastisch vor augen gefuehrt haetten.

das problem der deckung des abganges der krankenanstalten, so heisst es weiter in der resolution, werde so lange von den gemeinden als ungeloeset betrachtet werden muessen, als sich die sozialversicherungstraeger nicht in der lage sehen, ausreichende pflegegebuehrengesetze zu leisten.

die vom bund aus sozialpolitischen motiven beabsichtigten aenderungen auf dem gebiet des familienbeihilferechtes duerften keinesfalls vermehrte lasten fuer die gemeinden nach sich ziehen.

zur verabschiedung eines bodenbeschaffungsgesetzes erhofft sich der staedtebund mit diesem gesetz ein taugliches instrument fuer eine neue periode staedtebaulicher entwicklung. (forts)

+++

k o m m u n a l :

=====

oesterreichischer staedtetag:

schlusswort obmann gratz

9 wien, 21.2. (rk) in seinem schlusswort hob der neue obmann des staedtebundes, leopold g r a t z , hervor, dass es absolut notwendig sei, die guenstigen materiellen voraussetzungen fuer die arbeit in den gemeinden zu sichern. ein glueckliches und humanes leben in staedten setze voraus, dass die gebietskoerperschaften bei der sicherung der finanziellen grundlage nicht zu kurz kommen. es duerfe nicht zugelassen werden, dass dem privaten wohlstand oeffentliche armut gegenueber stehe. nur dadurch kann die kultur-landschaft erhalten und weitergestaltet werden. der diesjaehrige staedtetag in baden sei ein weiterer wichtiger baustein bei der erfuellung der pflicht gegenueber den buergern gewesen.

vorher hatte buergermeister gratz den aus der geschaefts-
leitung des staedtebundes ausgeschiedenen mitgliedern - insbesondere dem ehemaligen buergermeister felix slavik - fuer ihre jahrzehnte-
lange aufopferungsvolle taetigkeit gedankt. (schluss)

1355

L o k a l :

=====

vizekanzler scheel im rathaus

8 wien, 21.2. (rk) der vizekanzler und ausssenminister der brd, walter s c h e e l , besuchte donnerstag im rahmen seines dreitaegigen offiziellen oesterreich-besuches das wiener rathaus und trug sich in das goldene buch der stadt ein.

vizebuengermeister hubert p f o c h begruesste den gast namens des buengermeisters und der bevoelkerung wiens im roten salon des rathauses. er erinnerte an die engen, freundschaftlichen kontakte mit der bundesrepublik deutschland, die sich durch wiederholte besuche von willy brandt und des west-berliner buengermeister klaus schuetz manifestiert haben. als zeichen der freundschaft habe brandt seinerzeit auch einer grossen staedtischen wohnhausanlage, dem berliner hof, den namen gegeben. pfoch sprach die hoffnung aus, dass der gast als 'wahloesterreicher' bei einem neuerlichen besuch in wien gelegenheit haben werde, einrichtungen, auf die die stadt stolz sei, kennenzulernen.

vizekanzler scheel betonte in seiner dankansprache: 'es bedurfte der differenzierten art der oesterreicher, um unsere beziehungen auf natuerliche, komplexlose art wiederherzustellen.' zwischen oesterreich und der brd gebe es keine zweiseitigen probleme. das verbindende seien die gemeinsamen bemuehungen um den frieden und die freiheitliche demokratische ordnung.

vizebuengermeister pfoch ueberreichte scheel als gastgeschenk der stadt wien eine farbgraphik 'belvedere' von gerda duering.

L o k a l :

=====

strassenbahnlinie 62 wird unterbrochen

1 wien, 21.2. (rk) ab 25. februar muss die strassenbahnlinie 62 in der hetzendorfer strasse, zwischen der modeschule der stadt wien und der kernstrasse, fuer etwa sechs monate unterbrochen werden. der grund ist eine autobuslinie gefuehrt.

auf einer strecke von 700 meter muss ein neuer kanal gebaut werden. der derzeitige kanal, ein um die jahrhundertwende gebauter betonkanal, ist nicht nur zu klein geworden, sondern auch in sehr schlechtem zustand. im oktober vorigen jahres ist ein teil davon eingestuerzt. zum glueck geschah dies in der nacht, es ist deshalb nichts weiter passiert. das stueck wurde ausgebessert. nun ist jedoch der neubau unaufschiebbar geworden. er wird etwa vier monate dauern. im anschluss daran werden wasserrohre verlegt, der oberbau hergerichtet und die strassenbahngleise montiert. diese anschlussarbeiten werden etwa zwei monate dauern, die gesamte bauzeit betraegt also sechs monate.

die hetzendorfer strasse ist in diesem bereich so schmal, dass es technisch nicht moeglich ist, waehrend der bauarbeiten die strassenbahn weiterzufuehren. die linie 62 muss deshalb zwischen modeschule und kernstrasse eingestellt werden. an ihrer stelle wird eine autobuslinie 62 auf der route schoenbrunnerallee - hetzendorfer strasse - strohberggasse - schloeglgasse - rosenhuegelstrasse - muenchenstrasse - rosenhuegelstrasse - schloeglgasse - schoenbrunnerallee verkehren. ausser den haltestellen schloss hetzendorf und kernstrasse wird auch eine haltestelle rosenhuegelstrasse-muenchenstrasse eingerichtet.

da die zuege der linie 62 vor dem unterbrochenen teilstueck umkehren muessen, koennen nicht die modernen grossraumwagen eingesetzt werden. es sind wagen noetig, die auf beiden seiten tueren haben. diese wagen verkehren derzeit zum teil auf der ringstrasse. sie werden von dort abgezogen und auf der linie 62 eingesetzt. da sie etwas weniger plaetze als die grossraumwagen haben, werden die intervale der linie 62 verkuerzt, das gesamte platzangebot bleibt also unveraendert, die durchschnittlichen wartezeiten werden kuerzer.

w i r t s c h a f t :

=====

3 millionen schilling fuer kleingewerbe

2 wien, 21.2. (rk) im rahmen der kreditaktion fuer das kleingewerbe, die vom handelsministerium, dem land wien und der wiener handelskammer gemeinsam durchgefuehrt wird, hat der stadtsenat auf antrag von stadtrat h a n s m a y r fuer heuer 3 millionen schilling bereitgestellt. bei dieser aktion, die seit 1954 besteht, werden investitions- und betriebsmittelkredite bis 50.000 und vier jahren laufzeit mit vier prozent verzinsung vergeben.

0909